

Umstrittener Hochwasserschutz

16.6.16

Diskussion In Höchstädt wird wieder über Flutpolder diskutiert. Mit Fachvorträgen, Fragen und einer Diskussionsrunde zur späten Stunde

VON CORDULA HOMANN

Höchstädt/Tapfheim Beim Hochwasser in Niederbayern vergangene Woche sind nicht nur Keller überflutet oder Betriebe zerstört worden; Menschen starben. Wie kann man solch fürchterliche Szenarien an der Donau zwischen Neu-Ulm und Donauwörth verhindern? Zumal dann, wenn die Angst vor einem Flutpolder viel höher zu sein scheint als vor einem Hochwasser?

Lösungen dafür werden derzeit in regionalen Diskussionsforen erarbeitet. Dazu hatte das Donauwörther Wasserwirtschaftsamt nun nach Höchstädt geladen. Dabei wurden vor allem die Landwirte wieder mit der bitteren Wahrheit konfrontiert, dass landwirtschaftliche Flächen rechtlich keinen Anspruch auf Schutz vor Hochwasser haben, so der Leiter des Wasserwirtschaftsamts Donauwörth, Ralph Neumeier. Siedlungen, Industrie und Verkehr müssten aber geschützt werden, schlimmstenfalls könnte dort ein Schaden von 2,8 Milliarden Euro im Raum zwischen Neu-Ulm und Donauwörth bei einem Extremhochwasser entstehen. Seine Kollegin Marion Keyl ergänzte, dass der Status quo erhalten werden muss und auch landwirtschaftliche Betriebe schützenswert sind – aber eben nicht die Flächen.

Mehrere Landwirte verwiesen auf den Riedstrom. Seit 15 Jahren leiste man damit seinen Beitrag zum Hochwasserschutz. Bis Ende des Jahres, so hofft der Bauernverband, soll es feste Regeln für Entschädi-

gungszahlungen geben. „Wenn nicht, brauchen wir hier gar nicht weiterreden“, sagte Dillingens Kreisobmann Albert Sporer. Laut Wasserwirtschaftsamt reicht der Riedstrom aber nicht aus, um den potenziellen Schaden zu minimieren, den Pegel der Donau in Donauwörth zu kappen und bei sehr großen Hochwasserereignissen im Unterlauf für eine Entlastung zu sorgen. Dabei geht man nicht mehr von einem hundertjährigen Hochwasser aus, sondern von etwas schlimmeren: einem HQ extrem. Etwas, das die Region noch nie erlebt hat. „Diese großen Hochwasser kommen noch, darauf können Sie sich verlassen“, betonte Ralf Klocke von den Bayerischen Elektrizitätswerken. 2013, das sei ein HQ10 oder 20 gewesen, also fast nichts. „Und 1926, das war im Vergleich zu einem HQ extrem ein Kinderfasching.“ Weder der Faiminger See noch die Donau seien verlandet, ausbaggern würde laut Klocke gar nichts bringen: „Durch die Donau fließen 1000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde – glauben Sie, die lässt sich von Sedimenten aufhalten? Nie.“

Doch irgendetwas muss getan werden, betonte Amtschef Neumeier. „Wir würden einen Fehler machen, wenn wir uns bei einem so großen Schadenspotenzial keine Gedanken machen würden.“ Das Amt hat drei Schadensschwerpunkte ausgemacht, sagte Keyl: Den Raum Neu-Ulm/Elchingen, die Strecke zwischen Leipheim und Lauingen und die Stadt Donauwörth. Vor allem Wald- und Wasserflächen sollen

genutzt werden, um das Hochwasser zurückzuhalten, doch diese Flächen würden für den Extremfall nicht ausreichen. Keyl stellte verschiedene Rückhaltungsmöglichkeiten mit Dämmen vor. Einen Flutpolder könnte man steuern; die anderen Dammaßnahmen nicht. Für sie kommt ein Mix von beidem infrage.

Einen Flutpolder in Bayern gibt es schon, an der Iller bei Kempten. Karl Schindele vom dortigen Wasserwirtschaftsamt stellte das Projekt vor. „Für ein Extremhochwasser an der Donau ist das aber alles keine Lösung.“ Auch Maßnahmen an der Mindel, ergänzte Neumeier, bringen an der Donau selbst nicht viel. Dass auch Staustufen nur bedingt helfen können, erklärte Professor Gerhard Haimerl von der Hochschule Biberach: „Je größer das Hochwasserereignis, umso kleiner ist der Rückhalteraum.“

Die Idee, mehr Wasser an Donauwörth vorbeizuleiten, wie ein Bürger vorbrachte, wurde auch verworfen: Fläche und Tiefe reichen dort laut Marion Keyl nicht aus. Abgesehen davon gelte auch: Jeder Flussabschnitt müsse zehn Prozent Rückhalt erbringen. Und der Riedstrom zähle nicht dazu. Derzeit werde an der Technischen Universität in München ein Modell für die Region erarbeitet. Professor Robert Jüpner von der Technischen Universität in Kaiserslautern appellierte, bei der Planung für Flutpolder nicht nur hydraulische und naturschutzrechtliche Untersuchungen durchzuführen, sondern auch zu prüfen, ob ein Betrieb dort existenziell betroffen ist. „Stellen Sie sich auf einen langfristigen Prozess ein und versuchen Sie, den Solidaritätsbeitrag und die Verhältnismäßigkeit in Einklang zu bringen.“

Höchstädts Bürgermeister Stefan Lenz hatte eingangs gesagt, eine Vielzahl von Maßnahmen müsste in eine intelligente und wirksame Reihenfolge gebracht werden. Ein Flutpolder, betonte er knapp vier Stunden später am Schluss der Veranstaltung, sei dabei für ihn die letzte Möglichkeit. Am Dienstag, 26. Juli, findet das nächste Dialogforum statt. In Mertingen will das Wasserwirtschaftsamt dann Ideen mit Interessierten sammeln und bewerten.



Das Bild zeigt das Hochwasser 2013 bei Kicklingen. Damals griff der Riedstrom. Laut Bayerischem Bauernverband wurde eine Fläche von rund 3000 Hektar überflutet, dafür gab es eine Entschädigung in Höhe von 1,2 Millionen Euro.

Archivbild: Peter von Neubeck